

Beamten­gewerkschaften verlangen Teuerungsausgleich.

Proteste gegen Stellenabbau bei der öffentlichen Hand

Die Beamten­gewerkschaften wollen Attacken auf den Teuerungsausgleich nicht kampflos hinnehmen. Die Delegierten des Föderativverbandes verlangten gestern Dienstag mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution von den eidgenössischen Räten, auf die von den Finanzkommissionen geforderte Flexibilisierung nicht einzutreten. Weiter müsse der drohende Abbau von gegen 15'000 Arbeitsplätzen bei der öffentlichen Hand gestoppt werden.

„Wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben einen frostigen Herbst, uns wartet ein kalter Winter und auch später noch ein eisiger Gegenwind“, stellte Georges Eggenberger, Präsident des 125'000 Aktivmitglieder zählenden Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe (FV), an der Delegiertenversammlung fest. Es genüge nicht, den warmen Pullover überzuziehen. Vielmehr müsse der Föderativverband den Politikern, Behörden und Arbeitgebern seine Rezepte zur Lösung der Krise aufzwingen. „Setzen die Arbeitgeber und das Rechtsbürgertum ihre Ideen durch, dann wird aus dem Wohlfahrtsstaat Schweiz rasch der Fürsorgefall Schweiz“, sagte Eggenberger und rief die Gewerkschafter auf, dem konsequent entgegenzutreten.

Die Trendwende zum Abbau hat laut Eggenberger mit der Kürzung und Streichung des Sonderzuschlags eingesetzt. Wenn der Bundesrat wie angekündigt auf Anfang 1994 die noch verbleibenden Sonderzuschläge für Zürich und Genf abschaffen würde, bedeute dies in der untersten Besoldungsklasse einen Lohnabbau von fünf Prozent. „Diese Hokus-Pokus-Verschwindibus-Politik machen wir nicht mit“, sagte Eggenberger, denn das wäre brutaler Sozial- und Lohnabbau.“ Hart bekämpfen will der Verband auch die Motionen der national- und der ständerätlichen Finanzkommissionen, die den automatischen und angemessenen Teuerungsausgleich ab 1994 flexibilisieren wollen. Die Delegierten fordern das Parlament mit der Resolution auf, den im vergangenen Juni um vier Jahre verlängerten Bundesbeschluss über den Teuerungsausgleich nicht in Frage zu stellen. „Die Verweigerung des Teuerungsausgleiches ist Diebstahl am Einkommen des Arbeitnehmers, und dagegen werden wir uns zu wehren wissen“, sagte Eggenberger unter dem Applaus der Delegierten. Diese verlangen vom Bundesrat weiter, das Recht bei der Festsetzung des Teuerungsausgleichs für 1993 korrekt anzuwenden. Verhandlungen über die Höhe der Anpassung finden Anfang Dezember zwischen den Personalverbänden und Finanzminister Otto Stich statt, wenn der massgebende November-Index für die Inflation bekannt sein wird. Auch von den anderen Arbeitgebern der öffentlichen Hand verlangten die Delegierten, die Kaufkraft der Löhne zu erhalten und nicht konjunkturpolitisch völlig falsche Abbau-Signale zu setzen.

Stellenabbau stoppen

Angesichts der rund 110'000 registrierten Arbeitslosen forderten die Delegierten den Bund, die Kantone und Gemeinden auf, den für die kommenden Jahre beabsichtigten Abbau von gegen 15'000 Arbeitsplätzen - namentlich bei den PTT und im EMD - zu stoppen. Von Entlassungen namentlich auch von Frauen - sei abzusehen, heisst es in der Resolution weiter. Gefordert wird eine rasche Einführung der 40-Stunden-Woche beim Bund. Diese sei beschäftigungspolitisch gerechtfertigt, helfe den Stellenabbau abzufedern und sei im Vergleich zur Privatwirtschaft gerechtfertigt. Arbeitszeitverkürzung sei ein Rezept gegen die Geissel Arbeitslosigkeit, sagte Eggenberger und fügte bei: „Eigentlich müssten jetzt alle Arbeitszeiten über 40 Stunden verboten werden.“

Mit Blick auf die laufende Teilrevision des Beamten­gesetzes informierte der FV-Präsident die Delegierten in einer vorläufigen Bilanz, dass das „ungeniessbare Gebräu“ der Verwaltung in ersten Verhandlungen mit Stich ein wenig geniessbarer geworden sei. Zwar soll die Wahl auf Amtsdauer für Kaderbeamte der gesamten Oberklasse abgeschafft werden, was laut Eggenberger ein schwerwiegendes Präjudiz für die Totalrevision wäre. Nach entsprechenden Anpassungen entfalle jedoch der Vorwurf, die kleinen Lohnempfänger würden mit dem überstürzten Abbau der Familienzulage den Kadern die Belohnungen finanzieren.

SoAZ, 25.11.1992.

Föderativverband > Teuerungsausgleich. Stellenabbau. SoAZ, 1992-11-25